

Michael Radseck

Das argentinische Militär: Vom Machtfaktor zum Sozialfall?

Argentiniens Streitkräfte, die in den vergangenen siebzig Jahren nicht weniger als sechs, verfassungsmäßig gewählte Regierungen stürzten, gelten am Ausgang des 20. Jahrhunderts vielen Beobachtern als "politisch tot" (Ladurner 1999: 12). Die Gefahr eines Staatsstreiches oder auch nur einer Rebellion oder Meuterei scheint – kaum ein Jahrzehnt nach der letzten Militärrevolte vom Dezember 1990 – gebannt denn je. Mehr noch: Die Uniformierten gelten mittlerweile als in das demokratische System eingebunden, die Gesellschaft als demilitarisiert, das Primat der Politik über das Militär als sichergestellt. In einem Interview vom Juli 2000 bezeichnete der ehemalige Verteidigungsminister Ricardo López Murphy das argentinische Militär als "total diszipliniert und der zivilen Gewalt untergeordnet" (Oehrlein 2000), ganz so wie es auch in Deutschland, in Frankreich und den Vereinigten Staaten üblich sei. "Argentinien – du hast es heute besser!" ist man da spontan gewillt, dem 37-Millionen-Volk in Kenntnis seiner eigenen Geschichte, aber auch im Vergleich zu den andersgelagerten zivil-militärischen Machtverhältnissen in den Nachbarländern Brasilien und Chile zuzurufen. Wie anders sich dieses Beziehungsgeflecht zwischen den Streitkräften und den Entscheidungsträgern in Regierung und Parlament am Río de la Plata wirklich darstellt, versucht der folgende Überblick über die Menschenrechts- und Militärpolitik unter den Präsidenten Alfonsín (1983-1989) und Menem (1989-1999) aufzuzeigen.

1. Von Anklagen, Aufständen und Amnestien

Beliebtester Ausgangspunkt für die Analyse der gegenwärtigen zivil-militärischen Beziehungen in Argentinien ist der unrühmliche, vorläufig letzte Abgang seiner Generäle von der politischen Bühne Ende 1983. Nach Jahren des "schmutzigen Krieges" gegen die eigene Zivilbevölkerung (Moyano 1991: 53-64), der nach konservativen Schätzungen (CONADEP 1986: 479; dt.: Hamburger Institut für Sozialforschung 1987: 247) mindestens 9.000

Verschwundenen das Leben gekostet haben soll,¹ waren die Uniformierten nicht nur moralisch diskreditiert. Anders als ihre brasilianischen oder chilenischen Waffenbrüder hatten die argentinischen Generäle ihr Land am Ende auch heruntergewirtschaftet. Vor allem aber waren sie 1982 im Konflikt um die vor der argentinischen Küste gelegenen Falkland Islands (*Islas Malvinas*) nach nur kurzen Kampfhandlungen im Südatlantik von den Briten militärisch besiegt worden.

Dergestalt waren die auch untereinander zerstrittenen Waffengattungen am Ende ihrer Herrschaft weder in der Lage sich dauerhafte, strafrechtliche Garantien noch anderweitige Zugeständnisse gegenüber der ersten demokratischen Nachfolgeregierung von Raúl Alfonsín auszubedingen. Insbesondere die von den Militärs noch kurz vor der Machtübergabe gestrickte Selbstamnestie währte unter demokratischem Vorzeichen keinen Monat lang. Der neu konstituierte Kongress erklärte sie kurzerhand für verfassungswidrig und annullierte sie (Ambos 1997: 108; Sain 2000: 123). Parallel dazu erwirkte der neue Staatspräsident die Einsetzung einer Kommission zur Dokumentation der Verschwundenenschicksale (CONADEP) wie auch die vorzeitige Versetzung in den Ruhestand Dutzender belasteter Generäle. Mehr noch: Vertan die anfängliche Chance einer Selbstreinigung durch die Militärgerichte, mussten sich die früheren Junta-Mitglieder und Ex-Präsidenten wegen konkreter Fälle von Folter und Verschwindenlassens bald vor der Ziviljustiz verantworten. 1985 – kaum zwei Jahre nach ihrem politischen Rückzug – wurden die Generäle Videla, Viola und Agosti sowie die Admiräle Massera und Lambruschini zu teils lebenslangen Haftstrafen verurteilt (Sancinetti 1988: 46). Gegen mehr als 500 Mitglieder von Militär und Geheimdiensten wurden strafrechtliche Ermittlungen eingeleitet. Auch wenn damit im Rückblick nur ein Pyrrhussieg bei der Aufklärung und Ahndung der unter der Diktatur begangenen Verbrechen errungen war, so handelte es sich doch um einen bis heute einmaligen Vorgang in Lateinamerika.

Armeeinterne Spannungen zwischen Offizierskorps und Generalität entluden sich von Ostern 1987 bis Dezember 1988 in nicht weniger als drei

¹ Schätzungen von Menschenrechtsorganisationen (Hauck et al. 1996: 108) gehen von bis zu 30.000 Verschwundenen aus. Gemeint sind damit in Argentinien all jene Personen, die unter dem Militärregime (1976-1983) von uniformierten oder zivilgekleideten Sicherheitskräften meist im Dunkel der Nacht und bei verhängter Ausgangssperre festgenommen, sodann in geheime Haftzentren verschleppt, dort verhört, gefoltert und dann ermordet wurden. Die sterblichen Überreste dieser Menschen gelten seither als verschollen, da ihre Leichname in der Regel heimlich verscharrt oder über dem Meer abgeworfen wurden.

Rebellionen aufständischer Heeresoffiziere (Werz 1987: 21-26; Sain 1994: 79-170; Norden 1996: 106-156; Heinz 2001: 98-103). Hintergrund der von den Obristen Aldo Rico und Mohamed Ali Seineldín angeführten Erhebungen war der gegen die "Schreibtisch"-Generäle erhobene Vorwurf, diese würden sich mit ihren Lippenbekenntnissen zu Demokratie und Rechtsstaat heute als Saubermänner ausgeben und ihre vor den Gerichten defilierenden, "kampferproben" Kameraden im Stich lassen. Im Kern freilich ging es bei den publikumswirksamen Aufständen der sog. *Carapintadas* darum, Druck auf die Menschenrechtspolitik der Regierung Alfonsín auszuüben. Mit Erfolg: Nachdem das sog. "Schlusspunktgesetz" vom Dezember 1986 zunächst die Möglichkeit der Strafverfolgungsbehörden befristet hatte, Anklage im besonderen gegen die Tatverdächtigen aus den mittleren Chargen im Militär zu erheben, wurde mit dem "Gesetz über die Gehorsamspflicht" vom Juni 1987 jedem Militärangehörigen bis hinauf zum Rang eines Brigadegenerals eine generelle Straffreiheit zugestanden (Ambos 1997: 109f.; Carreras 1999: 261-265; Heinz 1991: 277f.). Der Lesart des argentinischen Gesetzgebers zufolge, hatten diese Dienstgrade allein auf Befehl ihrer Vorgesetzten entführt, gefoltert und gemordet und sollten deshalb nicht bestraft werden. Darüber hinaus stellten geheime Absprachen zwischen dem Staatspräsidenten und der Militärführung die Begnadigung bereits verurteilter Offiziere zum Ende von Alfonsíns Amtszeit in Aussicht (Heinz 1996b: 231). Insofern setzte sein Nachfolger Menem, kaum in Amt und Würden, mit seinen Gnadenerlassen nur konsequent fort, was hinter verschlossenen Türen längst ausgekugelt worden war: Der Begnadigung von 174 verurteilten Teilnehmern früherer Militärrebellionen folgte zum Jahresende 1990 – im Kontext einer neuerlichen, blutig niedergeschlagenen Militärrevolte (Sain 1994: 170-207; Heinz 2001: 109f.) – eine Generalamnestie für alle am "schmutzigen Krieg" Beteiligten.

2. "Die Malvinen sind argentinisch, die Verschwundenen auch."²

Der Amnestie- und Schlusspunktpolitik von Präsident und Parlament zum Trotz,³ ist im Rahmen der sog. "Wahrheitsprozesse" dem Schicksal der unter

² Hebe de Bonafini (1988, zit. n. Hauck et al. 1996: 112).

³ Im März 1998 wurden sowohl das "Schlusspunktgesetz" als auch das "Gesetz über den Befehlsnotstand" vom Kongress aufgehoben (*derogado*), nicht aber – wie im Falle der Selbstamnestie 1985 – für gegenstandslos erklärt (*anulado*). Insofern sich dadurch an der geltenden Rechtspraxis nichts änderte, da die bis dato wegen Fristüberschreitung und/oder Befehlsnotstand ergangenen Einstellungen der Strafverfahren nicht wieder auf-

der Militärherrschaft Verschwundenen seit Mitte der neunziger Jahre weiter nachgegangen worden. Auch wenn eine Bestrafung der Täter nun nicht mehr möglich ist, werden Militärangehörige weiterhin als Zeugen vor die Gerichte geladen und nach dem Verbleib der sterblichen Überreste ihrer Opfer befragt – unbeschadet vereinzelter Täterberichte, wonach angeblich allein aus Flugzeugen der argentinischen Kriegsmarine in den Jahren 1976 und 1977 bis zu 2.000 politische Gefangene über dem offenen Meer abgeworfen worden sein sollen (Verbitsky 1995: 60; dt.: Ambos 1996: 80-85).⁴

Größere Gedächtnislücken, gepaart mit offensichtlichen Falschaussagen der vor die Gerichte zitierten Uniformierten haben die allermeisten dieser Verfahren gleichwohl zum Stillstand verdammt. Andere Militärs weigerten sich, überhaupt vor Gericht zu erscheinen. Dafür werden sie seit einiger Zeit mit Arrest bestraft (CELS 2000: 32), was in der Truppe für neuerliche Unruhe gesorgt hat. Namentlich die Armeeführung unter General Ricardo Brinzoni strebt deshalb eine politische Lösung des Verschwundenenproblems nach chilenischem Vorbild mit der Konstituierung eines sog. "Runden Tisches" an. Allein: Weder die Menschenrechtsgruppen noch die katholische Kirche, um deren Schulterschluss sich die Militärs seit längerem bemühen, haben sich bislang zu einem solchen Schritt bereitgefunden. Will man jüngsten Meinungsumfragen (Lara 2000a) Glauben schenken, dann ist die Mehrzahl der Argentinier (54%) ohnehin davon überzeugt, dass die Wahrheit um die Verschwundenen niemals ans Tageslicht gelangen wird. Gleichwohl ist eine überwältigende Mehrheit (83%) dafür, die Militärs mit gesetzlichen Mitteln dazu zu zwingen, Informationen zum Verbleib ihrer Opfer preiszugeben.

Brinzonis langjähriger Amtsvorgänger, General Martín Balza, hatte bereits 1995 in einer vielbeachteten Fernsehansprache (dt. abgedruckt in Nolte 1996b: 96-99) vergeblich die Geheimnisträger unter den Seinen zur Mitarbeit bei der Suche nach den abkömmlichen "Listen der Verschwundenen" aufgerufen. Eingedenk der weitverbreiteten Attitüde südamerikanischer Mi-

gerollt werden konnten (CELS 2000: 29), handelte es sich um eine wohlfeile, allenfalls deklaratorischen Charakter tragende Entscheidung des argentinischen Gesetzgebers.

⁴ Neu an den aufsehenerregenden Aussagen des früheren Korvettenkapitäns Francisco Scilingo (Verbitsky 1995: 32ff.) war vor allem sein Hinweis auf die Systematik, die dieser Art des Verschwindenlassens zugrunde gelegen hat: Wöchentlich stattfindende Flüge mit permanent rotierendem Personal sprechen für die langfristige Planung dieser Aktionen, für die, so offenbar das Kalkül der Admiralität, durch die Beteiligung möglichst vieler Marineangehöriger, die Verantwortung geteilt und gewissermaßen qua Bluteid ewiges Stillschweigen garantiert werden sollte.

litärs, sich nach wie vor ohne jeden Anflug von Reue zu ihren brutalen Herrschaftspraktiken zu bekennen und allenfalls "Exzesse" oder "Irrtümer" bei ihrer systematischen Menschenjagd einzuräumen (Heinz 1991: 300), setzte Balzas Geste einen bemerkenswerten Kontrapunkt. Den umstrittenen Befehlsnotstand im Visier, stellte der Armeechef klar, dass die Erteilung bzw. Ausführung eines unmoralischen oder gesetzeswidrigen Befehls eine rechtliche Verfehlung sei, die entsprechend ihrer Schwere zu bestrafen sei. Auch äußerte er sich selbstkritisch zu den "illegitimen Methoden" des Staatsterrorismus, wofür ihn die Hardliner in den eigenen Reihen (Heinz 1996a: 105), aber auch jenseits der Anden, prompt mit Hämie überschütteten.

Konterkariert werden derartige Schuldeingeständnisse zudem immer wieder von öffentlichen Selbstrechtfertigungen einschlägig bekannter Folterknechte. 1998 hat der seit Jahren wegen mehrfachen Mordes von Interpol gesuchte, bis dato im aktiven Dienst stehende Marineoffizier Alfredo Astiz in einem Interview seine Kapitalverbrechen im "Krieg gegen die Subversion" neuerlich verherrlicht. Astiz deutete an, dass täglich Kameraden zu ihm kämen, um ihn zur Anführung eines Aufstandes anzustiften (Malcher 1998: 10). Schlaglichtartig offenbaren sich hier die Grenzen der demokratischen Läuterung einer Armee, die in den neunziger Jahren angeblich einen Gesinnungswandel vollzogen haben will. Tatsächlich scheint sich mit dem jüngsten Wechsel an der Spitze des Heeres, vom demokratischen "Glücksfall" Balza zum militärischen "Normalfall" Brinzoni, eher wieder eine Rückkehr zu alten Denkmustern anzukündigen als dass sich vom erhofften "großen Durchbruch [hin zu einer] neuen Grundsatzposition" (Heinz 1996b: 236) sprechen ließe. Möglicherweise rächt sich nun, dass es zu grundlegenden Säuberungen oder Umerziehungsmaßnahmen im argentinischen Militär bis heute nicht gekommen ist.

3. Der länger werdende Arm der internationalen Strafjustiz

Ausgenommen von den Schlusspunkt- und Amnestieregelungen der achtziger Jahre war der Tatbestand der Entführung und illegalen Adoption von Neugeborenen und Kleinkindern. Dass inhaftierte schwangere Frauen in der Regel erst dann ermordet wurden, als sie entbunden hatten, kann als argentinisches Spezifikum innerhalb des ansonsten in der Region gleichartigen Spektrums staatsterroristischer Methoden gelten. Genetische Untersuchungen dieser oftmals von Militärangehörigen adoptierten, heute erwachsenen Kinder haben in den neunziger Jahren geholfen, sie in ihre angestammten

Familien zurückzuführen, war doch ihr wahrer Personenstand mit dem Tod ihrer leiblichen Mütter annulliert und durch einen neuen ersetzt worden. Nicht von ungefähr befinden sich deshalb die früheren Junta-Mitglieder Videla, Massera, Bignone, Nicolaides und Franco seit 1998 neuerlich in Haft. Die im Januar 1999 erhobene Anklage von Bundesstaatsanwalt Adolfo Bagnasco lautet auf – nicht verjährbaren – Kindesraub in 194 Fällen.

Daneben fanden sich zuletzt neue Beweise, wonach sich die Militärs an ihren Opfern auch bereichert haben. Ermittlungen des spanischen Richters Baltasar Garzón förderten im Februar 1998 ein geheimes Schweizer Bankkonto des ehemaligen Provinzgouverneurs von Tucumán, Armeegeneral a.D. Antonio Domingo Bussi, zu Tage, auf dem die eingezogenen Vermögen ermordeter Regimegegner liegen sollen. Zum Jahresende 1999 stellte Garzón überdies einen Antrag zur Auslieferung von 96 teils hochrangigen Offizieren, unter ihnen neuerlich die Generäle Videla, Galtieri und Massera, denen er schwere Menschenrechtsverletzungen zur Last legt. Gegen die Hälfte der Beschuldigten wurde ein internationaler Haftbefehl erlassen. Den Fall Pinochet vor Augen werden diese Offiziere deshalb von Auslandsreisen vorerst absehen müssen – sofern sie nicht ohnehin bereits unter Hausarrest stehen.

Welch unangenehme Überraschungen derartige Reisen mittlerweile für die argentinischen Folterknechte bereitstellen, hat jüngst die Inhaftnahme von Jorge Olivera gezeigt. Der frühere Major wurde im August 2000 in Rom aufgrund eines internationalen Haftbefehls festgenommen, den der französische Richter Roger Le Loire erst ausgestellt hatte, als sich Olivera bereits auf europäischem Boden befand (Lara 2000b). Le Loire leitet die Ermittlungen im Fall jener vierzehn in Argentinien Verschwundenen, die im Besitz der französischen Staatsbürgerschaft waren. Auch die vor der deutschen Strafjustiz seit 1998 anhängigen Verfahren wegen der 72 unter der Diktatur verschwundenen Deutschen und Deutschstämmigen (Thun 1985: 109-111) könnten – nachdem Rechtsgutachten (Ambos 1998: 43) die grundsätzliche Anwendbarkeit des deutschen Strafrechts auf diese Fälle festgestellt haben – von der federführenden Nürnberger Staatsanwaltschaft demnächst zur formellen Anklageerhebung und dem Ausstellen internationaler Haftbefehle gegen argentinische Offiziere führen.⁵

⁵ Der Verfasser verdankt diese Einschätzung Esteban Cuya vom Nürnberger Menschenrechtszentrum, das unter <www://menschenrechte.org> weitergehende Informationen zu diesen Fällen bereitstellt.

4. Von vertanen Chancen und neuen Spielräumen

Von der Menschenrechtsthematik allenfalls analytisch, nicht aber in der politischen Praxis zu trennen, war und ist die – jedenfalls verbal immer wieder bekräftigte – Absicht der argentinischen Regierungen, eingehende Veränderungen in der Struktur der Streitkräfte vornehmen zu wollen (Pion-Berlin 1997: 142). Angesichts der 1983 vergleichsweise günstigen Ausgangsbedingungen für eine Militärreform, waren die Abschaffung der Wehrpflicht, Truppenreduzierungen sowie Neuerungen hinsichtlich der Mission und Ausbildung, aber auch der Organisation und Gerichtsbarkeit der Streitkräfte geplant (FAI 1986: 114-129). Allerdings verengten sich die Handlungsoptionen der Regierung Alfonsín an dieser Front in dem Maße wie der Widerstand der Militärs gegen die strafrechtliche Verfolgung ihrer Verbrechen militanter wurde. Konfrontiert mit rebellierenden Armeeeinheiten und obendrein einer heraufziehenden Wirtschaftskrise, war Alfonsín spätestens seit der Osterrebellion 1987 nach keinen grundlegenden Militärreformen mehr zumute.

Neuen – und dann auch konsequent genutzten – Spielraum gegenüber den Uniformierten verschaffte sich erst wieder Alfonsíns Nachfolger. Menems 1989 abgelegtes Bekenntnis, wonach man nicht gegen das Militär regieren könne, lieferte den Schlüssel zum Verständnis einer Vergangenheitsbewältigung der ganz besonderen Art: Der Aufforderung an die Argentinier, das jüngste Kapitel ihrer Geschichte besser zu vergessen, folgte am Ende der Dank an die Streitkräfte für ihren Triumph im "schmutzigen Krieg" (*Página 12*, 3.11.1994).⁶ Was unter ethischen Gesichtspunkten verwerflich war, hatte für die Regierungspraxis einen erfreulichen Nebeneffekt: Der Mix aus erfolgreicher Inflationsbekämpfung und machiavellistischer Machtausübung bescherte Menem 1995 nicht nur seine Wiederwahl; gepaart mit seiner demonstrativ militärfreundlichen Begnadigungs- und Personalpolitik (Heinz 2001: 107-110, 281f.) mutierten in den neunziger Jahren auch und gerade die

⁶ So gesehen fand in den neunziger Jahren nachgerade ein Rollenwechsel zwischen Militärführung und Staatspräsident statt: Während Armeechef Balza in der Öffentlichkeit den geläuterten Saubermann markierte, gefiel sich Menem in der Rolle des Verteidigers gerade auch belasteter Offiziere. Mit internationalem Haftbefehl gesuchte Folterknechte vom Schlage eines Astiz wurden weiter befördert (Ambos 1996: 79; CELS 2000: 36f.), reumütige Ex-Uniformierte wie Scilingo hingegen als "Verbrecher" beschimpft. Zwangspensionierungen von Militärangehörigen erfolgten allenfalls auf Druck ausländischer Regierungen (Heinz 1996a: 100; SZ, 20.06.1997), wenn diese, wie im Falle Frankreichs, ihre bilateralen Beziehungen solange als nicht normalisiert ansehen wollten, wie nicht wenigstens ein Astiz aus dem aktiven Dienst gezogen war.

Streitkräfte zu einem vergleichsweise gefügigen Machtfaktor, ja außenpolitischen Instrument. Freilich spielte dabei auch eine Rolle, dass die ehemals putschbereiten Teile in der Armee sich nach vier niedergeschlagenen Aufständen definitiv ins politische Abseits manövriert hatten. Mit der vom früheren Rebellen Aldo Rico angeführten so genannten *Movimiento por la Dignidad y la Independencia* (MODIN) verschafften sich die *Carapintadas* in den neunziger Jahren ein politisches Ventil für ihre nationalistischen Forderungen nach Verteidigung der Würde und Unabhängigkeit ihres Landes.

Nicht deshalb aber wurden nun unter der zehnjährigen Präsidentschaft von Menem solche Schritte in Richtung einer umfassenden Militärreform unternommen, die zuvor zu gehen der Regierung Alfonsín wegen der ungünstigeren Zeitumstände verwehrt geblieben waren. Im Gegenteil: Die wenigen substantiellen Neuerungen im argentinischen Wehrwesen datieren samt und sonders auf die Zeit vor 1989. Ein neuer Fahneneid gehört dazu, wenn argentinische Kadetten seit einigen Jahren nicht mehr nur die Fahne, sondern auch die Verfassung zu verteidigen geloben (Werz 1987: 32), ebenso wie die zivile Besetzung politischer Ämter im Nachrichtenwesen⁷ und an militärischen Ausbildungsstätten. Erstmals wurde der Verteidigungsminister formal in die Befehlskette zwischen dem Präsidenten und den Stabschefs von Heer, Marine und Luftwaffe integriert und mit neuartigen Koordinationsaufgaben betraut.

Für eine verbesserte zivile Führung sollten auch die teilstreitkräfteübergreifenden Abteilungen für Rüstung, Planung, Produktion und Haushalt im Verteidigungsministerium sorgen (Pion-Berlin 1997: 158f.; zum derzeitigen Aufbau: República Argentina 1999: 104f.). Gleiches beabsichtigte die Eingliederung solcher Unternehmen und Rüstungsbetriebe in das Ressort, die zuvor von den (Teil-)Streitkräften in Eigenregie geführt worden waren (Norden 1996: 96). Dazu kam, dass die paramilitärischen Verbände von Gendar-

⁷ Gemeint sind die entsprechenden Abteilungen in den Ministerien für Verteidigung, Inneres, Äußeres und Wirtschaft sowie der im Präsidialamt angesiedelte SIDE. Gendarmerie, Küstenwache und Bundespolizei unterhalten darüber hinaus jeweils eigene Geheimdienstabteilungen, ebenso wie Heer, Marine, Luftwaffe und der Gemeinsame Generalstab. Damit zählt das argentinische Aufklärungswesen – offiziellen Angaben zufolge (República Argentina 1999: 100-102) – heute nicht weniger als zwölf Dienststellen. Es konterkariert damit nicht nur frühere Forderungen nach einer organisatorischen Straffung gerade der militärischen Nachrichtendienste (García et al. 1987: 158), sondern führt eine effektive, parlamentarische Kontrolle nachgerade *ad absurdum* (Diamint 1994: 169f.). Umso bedenklicher müssen Berichte stimmen, wonach argentinische Regierungen im Falle sozialer Unruhen offenbar auch und gerade die militärischen Nachrichtendienste zur Beschaffung innenpolitischer Informationen anhalten (Heinz 1996b: 234).

merie und Küstenwache aus dem Heer respektive der Marine ausgegliedert und dem Verteidigungsministerium, 1996 dann dem Innenministerium unterstellt wurden (República Argentina 1999: 95). Schließlich wurde die Militärgerichtsbarkeit zwar nicht abgeschafft, ihre Zuständigkeit aber auf genuin militärische Delikte (Desertion, Rebellion, etc.) beschränkt (Heinz 1996a: 102).

5. Abschied von der Innenpolitik?

Den organisatorischen Neuerungen im argentinischen Wehrwesen zum Trotz ermangelt es den Streitkräften weiterhin an einem klar umrissenen Auftrag. Insbesondere die anfänglich vielversprechende strikte Trennung zwischen polizeilichen und militärischen Aufgaben, zwischen innerer und äußerer Sicherheit, wie sie nach langen parlamentarischen Debatten mit großer, parteiübergreifender Mehrheit im "Gesetz zur Landesverteidigung" festgeschrieben worden war (Carreras 1999: 267f.; Norden 1996: 97f.), wurde noch unter der Regierung Alfonsín wieder aufgegeben. Seit dem Angriff linksgerichteter Guerilleros auf ein Infanterieregiment im Januar 1989 sieht die Gesetzeslage in Argentinien wieder vor, dass die Streitkräfte auch zur Befriedung innerer Konflikte eingesetzt werden dürfen (Heinz 1996b: 230; Sain 2000: 133ff.), sollten Polizei, Gendarmerie und Küstenwache, mit der "Sicherung des sozialen Friedens" überfordert sein.

Vor diesem Hintergrund sind die amtlichen, terminologischen Grenzziehungen, die den schwammigen und historisch belasteten Begriff der "Nationalen Sicherheit" aus dem öffentlichen Diskurs und den Gesetzestexten verbannt und durch die in den westlichen Demokratien übliche Sprachregelung der "vitalen Interessen" ersetzt haben (República Argentina 1999: 42f., 55), längst wieder Makulatur. Für den ausländischen Beobachter zunächst befremdlich sind auch Umfrageergebnisse, wonach die Militärs in der Bevölkerung zwar unbeliebt sind, eine Mehrheit jedoch den Einsatz der Streitkräfte bei inneren Unruhen bereits zu Mitte der achtziger Jahre wieder gutgeheißen hat (Werz 1987: 20f.). So verweist etwa der Wildwuchs an privaten, bekanntermaßen von Offizieren betriebenen Sicherheitsdiensten nicht nur auf die gestiegene Nachfrage nach Objekt- und Personenschutz, sondern auch auf die grundsätzliche Akzeptanz dieses Betätigungsfeldes für die Uniformierten (Cruz et al. 1998: 118). Tatsächlich dürfte sich an der traditionellen, möglicherweise durch das geringe Ansehen der Polizei (Diamint 1998: 105) beförderten Bereitschaft der Argentinier, dem Militär auch und gerade innenpolitische Ordnungsfunktionen zu überantworten, nichts geändert ha-

ben – unbeschadet dessen jüngsten Vernichtungsfeldzuges gegen breite Teile der eigenen Bevölkerung oder früherer Gemetzel unter der Arbeiterschaft (Rouquié 1994: 142f., 148f.). Insofern haben Menems Präsidialdekrete im Kontext verschärfter sozialer Unruhen nunmehr festgeschrieben, was ohnehin längst als Aufgabe der Streitkräfte empfunden wird: Neben der Landesverteidigung und der Teilnahme an UN-Friedensmissionen hat sich das Militär, wenn erforderlich und hierzu autorisiert, auch an Einsätzen zur "Gewährleistung der inneren Sicherheit [und] Wiederherstellung der Ordnung" zu beteiligen.⁸

In dieses Bild passt die – weit über Argentinien hinausreichende – Unbefangenheit, mit der die Streitkräfte von Politikern wie der Bevölkerung immer wieder zum Kampf gegen den Drogenhandel ermuntert oder für Civic-Action-Programme (Landerschließung, Katastrophen- und Umweltschutz) in Anspruch genommen werden (República Argentina 1999: 68; Heinz 1996b: 235; *Clarín*, 3.11.1994). Wie aber soll der dauerhafte Rückzug von Streitkräften aus der Innenpolitik gelingen, wenn sich ihre Einsätze in der Praxis auf die Übernahme innerstaatlicher Ordnungs-, Kontroll- und Entwicklungsaufgaben beschränken? Auch wird man in diesem Zusammenhang einmal fragen müssen, ob das von der argentinischen Regierung in den neunziger Jahren de facto zur eigentlichen Mission der Streitkräfte erhobene Engagement bei UN-Friedensmissionen (Huser 1998: 57-60) das Militär am Ende nicht in Bahnen lenkt, die seiner Festschreibung auf außenpolitische Aufgaben der Landesverteidigung zuwiderlaufen. Schließlich stellen die friedenserhaltenden Einsätze in dem Maße, wie sie sich verstärkt auf die Schlichtung inner- und nicht mehr zwischenstaatlicher Konflikte richten (UNIC 1998: 3), keine im klassischen Sinne militärischen, sondern in erster Linie polizeiliche Anforderungen an die Blauhelme. Zieht man ferner in Betracht, dass sich das Land am Río de la Plata seit 1958 an UN-Operationen beteiligt, wird man auch die diesen Einsätzen meist unterstellten Disziplinierungs- und Professionalisierungseffekte auf die Truppe (Huser 1998: 63; Child 1994: 28) in ihrer Breiten- wie Tiefenwirkung hinterfragen müssen.

6. Haushaltskürzungen als Strukturreform?

Die in Argentinien seit Jahren vergleichsweise niedrigen Militärausgaben werden von den meisten Beobachtern als Ausdruck des herrschenden Primats der Politik über die Streitkräfte bewertet. Tatsächlich sind die relativen

⁸ Decreto Nacional 1116, Art. 3b; B.O., 7.10.1996.

Verteidigungsaufwendungen seit Mitte der achtziger Jahre um die Hälfte zurückgegangen, von 1985 fast 4% auf seit 1996 weniger als 2% des BIP (IISS 1998: 298; IISS 2000: 300) – mit in der Konsequenz erheblichen Truppenreduzierungen: Belief sich die Gesamtstärke der Streitkräfte 1985 noch auf 155.000 Mann, so hat sich deren Zahl mit heute 71.100 Soldaten (Heer: 41.400; Marine: 17.200; Luftwaffe: 12.500) mehr als halbiert (IISS 2000: 227f., 300). Damit unterhält der nach Brasilien zweitgrößte Flächenstaat in Südamerika erstmals weniger Truppen als das flächen- wie bevölkerungsmäßig viel kleinere Chile mit einer Mannschaftsstärke von derzeit 87.000 Soldaten. Noch drastischer fällt der Vergleich mit dem Anrainer aus dem Norden aus: Brasilien leistet sich mittlerweile eine Streitmacht von fast 300.000 Mann, bei einer allerdings auch viermal so großen Bevölkerung (IISS 2000: 233, 300).

Auch hinsichtlich ihrer Ausrüstung und Waffentechnik scheinen Argentinien's Streitkräfte im regionalen Vergleich ins Hintertreffen geraten zu sein. Der einzige Großwaffenkauf in den neunziger Jahren bestand im Erwerb von 44 Jagdbombern sowie 5 Transportmaschinen – samt und sonders Fluggerät, das zuvor aus Beständen der US-Luftwaffe ausgemustert worden war (IISS 1999: 216). Die stark "nachholende" Rüstungsentwicklung in den Nachbarstaaten vor Augen, macht man im Umfeld der Uniformierten deshalb längst ein "militärisches Ungleichgewicht" in der Region aus (Fraga 1993: 36). Unbeschadet der realen – quantitativen wie qualitativen – Verschiebungen der militärischen Kräfteverhältnisse im südlichen Südamerika, sind solche Äußerungen jedoch zuvorderst als Reaktion auf die grundlegende strategische Neuorientierung Argentinien's seit Anfang der neunziger Jahre zu verstehen. In Ermangelung glaubhafter äußerer Bedrohungen hatte die Menem-Administration die ökonomische Entwicklung des Landes zum eigentlichen nationalen Interesse erhoben (Escudé et al. 1995: 5) und damit *de facto* ihre allmächtigen Wirtschaftsminister über die Streitkräfte regieren lassen (Pion-Berlin 1997: 127-133). Insofern meint die Rede vom Primat der Politik über das Militär vor allem eines: Wirtschaftliche Stabilisierungsmaßnahmen genossen in den neunziger Jahren unbedingten Vorrang vor militärischen Eigeninteressen, was in der Praxis bedeutete, dass Einsparungen und Privatisierungen auch vor den Kasernentoren nicht Halt machten (Moltmann 1995: 32).

Nicht deshalb aber hat sich beispielsweise an der militärinternen Aufteilung der knapper gewordenen Mittel etwas geändert. Im Gegenteil: Immense Personalkosten – bei vergleichsweise niedrigen Gehältern, jedoch stetig zu-

nehmenden Ruhestandszahlungen – schlucken mittlerweile mehr als 80% eines Wehretats, der mit zuletzt knapp vier Milliarden US-Dollar nunmehr 6% für die Rüstungsbeschaffung bereitzustellen vermochte (IISS 2000: 222).⁹ Dazu kommt, dass es – der organisatorischen Neuerungen im Verteidigungsministerium zum Trotz – eine Rüstungsplanung im Sinne einer auch nur mittelfristig konzipierten, auf Standardisierung der Waffensysteme abzielenden oder gar waffenübergreifend organisierten Rüstungsbeschaffung in Argentinien nicht gibt. Selbstredend hierfür steht die Indienststellung der zuletzt erworbenen Kampfflugzeuge. Ihr vergleichsweise günstiger Kaufpreis macht die Tatsache nicht wett, dass nicht einmal die argentinische Luftwaffe einen Bedarf für diese Maschinen angemeldet hatte (Scheetz 1997: 9).

Dass eine restriktive Fiskalpolitik allein nicht automatisch schon Veränderungen in der Organisation und Struktur von Streitkräften nach sich zieht, worauf argentinische Politiker gerne vertrauen (Pion-Berlin 1997: 153), zeigt auch der Blick auf die seit Jahren weitgehend unveränderte Gliederung und Dislozierung der argentinischen Truppen (República Argentina 1999: 122-124; 129-135; 143-150). Unbeschadet aller Rhetorik um die Modernisierung und Rationalisierung im Wehrwesen (República Argentina 1999: 69ff.) leistet sich das Land nach wie vor fünferlei Flugschulen sowie jeweils drei Kriegsakademien und Militärhospitäler (Diamint 1994: 178). Wurden Heeresseinheiten aufgelöst oder verlegt – wie im Falle des vormals in der Hauptstadt stationierten Ersten Armee Korps – so nicht wegen wehrstrategischer Überlegungen, sondern aus dem Kalkül heraus, der Gefahr eines Putsches damit gleichsam logistisch begegnen zu können (Norden 1996: 97). Dazu kommt, dass formell wichtige Arbeits- und Koordinierungsgremien wie der Gemeinsame Generalstab (EMCFFAA) in der Praxis nach wie vor jedweder Entscheidungsmacht und Kommandobefugnis entbehren (Pion-Berlin 1997: 163f.; Donadio 1992: 74-94) und auch finanziell völlig unzureichend ausgestattet sind: So stehen dem EMCFFAA nicht einmal 1% der Mittel zur Verfügung, die allein die Teilstreitkraft Heer zugewiesen bekommt (Scheetz 1997: 13). Dies, obschon selbst Teile der Armee nach der schmachvollen Niederlage im Falkland-Krieg die Implementierung einer teilstreitkräfteübergrei-

⁹ Absolute Zahlenangaben zu Verteidigungsausgaben sind – wie andernorts im Cono Sur auch – mit Vorsicht zu genießen. In der Regel sind nicht alle Mittel insbesondere für Rüstungsbeschaffungen im Einzeletat für Verteidigung ausgewiesen. So auch in Argentinien, wo Reptilienfonds immer wieder im Haushaltsplan des Präsidialamtes versteckt sind (IISS 2000: 213).

fenden Wehradministration und Einsatzdoktrin gefordert und zum festen Programm jedweder Militärreform erhoben hatten (García et al. 1987: 162-166). Insofern ist eine effektive "Organisationsreform" (Heinz 1996b: 233) oder gar "Strukturreform" (Bodemer 2000: 175) im argentinischen Wehrwesen nicht recht erkennbar, unbeschadet der – im historischen Vergleich – einzigartigen und – im regionalen Kontext – einseitigen Truppenreduzierungen und drastischen Haushaltskürzungen der vergangenen Jahre. Die zerrüttete Moral und die im Innern der Truppe zerbrochenen Befehlsstrukturen vor Augen, sehen Insider im argentinischen Militär mittlerweile nunmehr ihrem äußeren Schein nach eine einsatzfähige Streitmacht (Scheetz 1997: 9f.).

7. Primat der Politik?

Noch die zu Jahresbeginn 1995 von Menem per Präsidialdekret kurzerhand abgeschaffte Wehrpflicht kann nicht eigentlich als Strukturreform firmieren. Der als "Professionalisierung" apostrophierte Übergang von der Wehrpflichtigentruppe zur Berufsarmee war mit niemandem abgestimmt noch im Vorfeld überhaupt konzipiert worden. Tatsächlich folgte Menem mit dieser Entscheidung allein seinem sicheren Gespür für das augenblicklich Richtige, als er mit Blick auf seine angestrebte Wiederwahl, die denkbar radikalste Konsequenz aus den tödlichen Misshandlungen eines Soldaten durch seine Vorgesetzten zog. Der Mord an dem Rekruten Omar Carrasco im März 1994 und – mehr noch – die anschließende Verschleierung der Tat und Behinderung der Justiz durch die verantwortlichen Armeee Angehörigen (Sain 2000: 138; Balza 2001: 149-163) hatten den ohnehin umstrittenen Wehrdienst derart unbeliebt werden lassen (Heinz 1996b: 237), dass dessen definitive Abschaffung umso populärer erscheinen musste.

Manchen Autoren gilt die abgeschaffte Wehrpflicht gleichwohl als Ausdruck verstärkter "ziviler Kontrolle" (Larrinaga 2000: 133) oder gar als Fortschritt bei der "Integration des Militärs in die Gesellschaft" (Nolte 1996a: 117;). Wie aber integriert sich eine traditionell abgeschottete, politisch fraktionierte, mangelhaft disziplinierte und chronisch unterbezahlte Truppe wie die argentinische in eine Gesellschaft, wenn die einzige Verbindung zu ihr wegfällt? Zynisch könnte man anmerken, das Problem löse sich von selbst, wenn der niedrige Sold immer mehr Militärangehörige in Nebenbeschäftigungen treibt oder aber – wie im Falle der Piloten – diese gänzlich in die Privatwirtschaft abwandern (Pion-Berlin 1998: 104). Allein: Auch in Argentinien wird die Truppe nicht dadurch in die Gesellschaft integriert, indem

man sie zum Sozialfall abstempelt und ihre systematische Vernachlässigung quasi zum Regierungsprinzip erhebt.

Wirkliche Einbindung beruht auf effektiven Führungsstrukturen und umfassenden Kontrollmechanismen – nicht zuletzt um die Existenz militärischer Institutionen mit ihrer originär nichtdemokratischen Binnenstruktur politisch überhaupt legitimieren zu können. Im demokratischen Argentinien jedoch erschöpft sich die zivile Führung über die Uniformierten weitgehend in der persönlichen Kontrolle, die das Staatsoberhaupt in seiner Funktion als Oberbefehlshaber über die Spitzen von Heer, Marine und Luftwaffe ausübt. Es sind die Autorität und der Führungsstil des Präsidenten, die in der politischen Praxis entscheiden, in welchem Maße die Streitkräfte effektiv regiert werden. Kritische Beobachter sprechen deshalb mit Blick auf die Menem-Ära auch nicht vom Primat der Politik, sondern – ähnlich wie unter Perón (Potash 1994: 75-291) – vom Primat einer starken politischen Führungspersönlichkeit über das Militär (Pion-Berlin 1997: 155f.; Scheetz 1997: 4). Tatsächlich sollte von einer formalisierten, über jeden Regierungswechsel erhabenen Unterordnung der Streitkräfte solange keine Rede sein, wie nicht die Schnittstelle zwischen Militär und Politik nachhaltig von personalistischen Beziehungsmustern, informellen Kontakten und persönlichen Loyalitäten befreit ist. Ein erstes Anzeichen hierfür wäre etwa, wenn ein argentinischer Verteidigungsminister auch einmal seiner fachlichen Expertise wegen und nicht allein ob seiner persönlichen Nähe zum Präsidenten in sein Amt gelangen würde (Pion-Berlin 1997: 118f., 161f.) und seinen Stuhl nicht gleich wieder räumen müsste, sollte er mit den Streitkräften nicht “können”.

Dass schließlich Abgeordnetenhaus und Senat unbeschadet ihres Budgetrechts und der Mitsprache des Oberhauses bei Personalfragen kaum mehr als eine Statistenrolle auf dem Feld der Militärpolitik einnehmen (Pion-Berlin 1997: 133-136), lässt sich nur zum Teil auf die gerade unter der Regierung Menem ausgeprägte Konzentration politischer Entscheidungsmacht in der Exekutive zurückführen. Das unter Parteipolitikern, aber auch unter Medienvertretern weitverbreitete Desinteresse an verteidigungspolitischen Fragen (Scheetz 1997: 5; Sain 2000: 142) ist weder den Militärs noch dem Präsidentialismus anzulasten. Tatsache ist vielmehr, dass die Beschäftigung mit solchen Themen keine politischen Dividende abwirft. Solange aber echtes Fachwissen auf Seiten der Parlamentarier und zivilen Mitarbeiterstäbe fehlt, werden die Uniformierten im Rahmen des für sie harmlosen sog. “zivilmilitärischen Dialogs” weiterhin ein leichtes Spiel haben. Dies gilt umso mehr als die Verteidigungsminister ihr Ressort in der Vergangenheit nicht

als effektives Führungsinstrument gegenüber den Uniformierten ausbauen wollten, sondern das Ministerium weiterhin als "Casa Militar" – also als quasi angestammtes Zuhause der Uniformierten – führten (Pion-Berlin 1997: 109; Cruz et al. 1998: 120). Tatsächlich hat sich, begünstigt durch die hohe Fluktuation des politischen Personals im Ministerium,¹⁰ an der – *de jure* funktionalen – Wehradministration faktisch kaum etwas verändert: Die Stabschefs von Heer, Marine und Luftwaffe regieren und verwalten "ihre" Teilstreitkräfte nachgerade so als ob es sich um jeweils eigene Ministerien handelt (Pion-Berlin 1997: 160). Beispielhaft hierfür sind die jährlichen Haushaltsverhandlungen. Ihr Bild ist von eigens dazu abgestellten Verbindungsoffizieren in den Ressorts für Wirtschaft und Finanzen sowie einer aktiven Lobbyarbeit von Heer, Marine und Luftwaffe in den Parlamentsausschüssen geprägt (Diamint 1994: 170-176). Die wahren Machtverhältnisse besonders plastisch vor Augen führt der Umstand, dass 1997 aus Kostengründen das von jeher kleine Verteidigungsministerium und der Gemeinsame Generalstab – quasi als Untermieter – in das ebenso repräsentative wie riesige Verwaltungsgebäude der Armee eingezogen sind (República Argentina 1999: 104).

Ein für die argentinischen Uniformierten erfreulicher Nebeneffekt ist das enorme Trägheitsmoment, das ihre bürokratischen Apparate zu entwickeln instande sind. So wurde beispielsweise noch unter der Regierung Alfonsín eine Kommission mit der Reform der militärischen Curricula betraut (Heinz 1991: 280). Wer freilich um die Schwierigkeiten bei der Implementierung solcher Reformen etwa bei der Generalstabsausbildung in der Bundeswehr weiß (Bald 1994: 45), mag ahnen, wie es in Argentinien um die Veränderungen bei den Ausbildungsinhalten und Lehrplänen an den Militärakademien bestellt ist. Tatsächlich musste eine solche inhaltliche Militärreform bereits unter Alfonsín als gescheitert gelten (Norden 1996: 95) und unter Menem fehlte gänzlich jedweder politische Wille für ein derartiges Vorhaben. Das aber heißt: Nicht nur wachen die Uniformierten weiterhin über die Ausbildungsinhalte; sie treffen nach wie vor auch die Auswahl des Lehrpersonals. Dürfen Zivilisten unterrichten, sind diese oft konservativer als die Militärs selbst (Pion-Berlin 1997: 161). Aus der bloßen Zunahme des Anteils ziviler Dozenten an den Militärakademien verbieten sich deshalb Rückschlüsse auf grundlegende Veränderungen gerade in den Ausbildungsbe reichen politische Bildung, humanitäres Völkerrecht und Menschenrechte.

¹⁰ Die Amtszeit eines argentinischen Verteidigungsministers lag seit 1983 bei durchschnittlich 16 Monaten (Pion-Berlin 1997: 161).

8. Ein Ausblick

Noch vor wenigen Jahren zum wichtigsten Machtfaktor – vor den Gewerkschaften, den Unternehmervverbänden und den Parteien – in der Politik des Landes erhoben (Waldmann 1992: 171f.), haben Argentiniens Streitkräfte in den neunziger Jahren augenscheinlich stark an politischem Einfluss verloren. Dafür spricht, dass selbst Ad-hoc-Entscheidungen von einer Tragweite, wie sie die Abschaffung des Wehrdienstes nach sich ziehen, kurzerhand und ohne größere Flurschäden von der letzten Regierung durchgesetzt werden konnten. Nicht deshalb aber hat man in Argentinien mit der “üblichen Praxis taktischer Zugeständnisse an das Militär” (Waldmann 1992: 151) gebrochen. So war die Begnadigungspolitik von Menem vornehmlich von dem Kalkül bestimmt, sich Ruhe an der Menschenrechts-Front zu verschaffen, um hier-nach Spielraum für die Privatisierungs- und restriktive Haushaltspolitik zu haben. Dass damit *en passant* die materielle Machtbasis der Militärs in einem Umfang beschnitten worden ist, wie sie noch vor wenigen Jahren nicht für möglich gehalten wurde, mag als Ironie der Geschichte gelten, zumal Menem nie ein wirkliches Interesse – im positiven wie im negativen – an verteidigungspolitischen Fragen gezeigt hat.

Wie dauerhaft aber ist das unter Menem begründete Stillhalteabkommen mit dem Militär, wenn es keine Uniformierten mehr zu begnadigen gibt, der Menschenrechtskonflikt aber – allen Amnestien und Schlusspunkte zum Trotz – weiterschwelt? Auf die Exekutive setzen können die Uniformierten allein im Falle der internationalen Strafjustiz. Auch die kommenden Regierungen dürften keinen Folterknecht an das Ausland ausliefern, machten sich aber andererseits auch nicht für die Einstellung der im eigenen Land anhängigen Strafverfahren stark. Tatsächlich stehen die Streitkräfte bei diesem Legat ihrer Herrschaft allein auf weiter Flur. Mögliche Drohgebärden gegenüber Politik und Justiz, die punktuell und gezielt eingesetzt, in der Vergangenheit ihre Wirkung nicht verfehlt hatten, dürften heute in Ermangelung jedweder zivilen Unterstützung eher kontraproduktiv wirken. Zu sehr hat sich die Stimmungslage in der Bevölkerung nach den insgesamt vier Militärrebellionen zu Ende der achtziger Jahre gewandelt (Heinz 2001: 118-120). Dazu kommt, dass traditionelle Verbündete aus den Kreisen der politischen Rechten und der Unternehmer den Militärs in dem Maße abhandeln gekommen sind, wie mittlerweile selbst peronistische Regierungen eine von ihren bürgerlichen Pendants nicht mehr unterscheidbare liberale Wirtschaftspolitik betreiben. Noch Pressionen deutlich unterhalb der Androhung eines Putsches kämen unter solchen Rahmenbedingungen einer weiteren Schwächung, ver-

bunden mit einem noch stärkeren Imageverlust gleich. Insofern stellt der im heutigen Argentinien – mit dem wirtschaftspolitischen Rechtsruck der Peronisten und dem außenpolitischen Realitätsgewinn in beiden großen Lagern – erreichte Grundkonsens in der Wirtschafts- und Außenpolitik einen mindestens ebenso wichtigen Garant für das Primat der Politik über das Militär dar, wie alle personalistischen und institutionellen Führungs- und Kontrollinstrumente zusammen.

Gleiches trifft nicht zuletzt auch mit Blick auf die Sicherheitspolitik in der Region zu. Dass die im Wirtschaftsverbund MERCOSUR zusammengeschlossenen Länder Argentinien, Brasilien, Uruguay und Paraguay, zusammen mit den assoziierten Mitgliedern Bolivien und Chile, seit Beginn der neunziger Jahre einen einheitlichen Wirtschaftskurs fahren, kann – verbunden mit der Beilegung der Grenzkonflikte mit Chile und der Einstellung der von Alfonsín 1985 noch genehmigten nationalen Raketen- und Nuklearprogramme (Stuhldreher 1999: 244; Busso 1999: 72-84; Barrios 1999: 283-288) – als wichtigste vertrauensbildende Maßnahme überhaupt gelten. Wo freilich die wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit mit dem früheren Erzfeind Chile und dem einstigen Rivalen Brasilien weiter voranschreiten (Moltmann 1995: 35f.; Radseck 1998: 9-12), machen traditionelle Feindbilder und Bedrohungsvorstellungen immer weniger Sinn (Heinz 1996b: 236). Der Legitimationsdruck auf die Frage, gegen wen sich die Streitkräfte des Cono Sur eigentlich rüsten, wird deshalb gerade in Argentinien zunehmen und die Uniformierten womöglich weiter in die Defensive drängen. Die Vorstellung indes, das argentinische Militär könne am Ende einzig und allein zu einer Blauhelmtruppe werden, die sich aller sonstigen Funktionen (Landesverteidigung, Innere Sicherheit, *Civic-Action*) entsagt, bleibt derweil eine ferne Vision.

Literaturverzeichnis

- Ambos, Kai (1996): "‘Ich fühle mich als Mörder’. Die Bekenntnisse des (ehem.) Korvettenkapitäns Francisco Scilingo". In: Nolte, Detlef (Hrsg.): *Vergangenheitsbewältigung in Lateinamerika*. Frankfurt a.M.: Vervuert (Schriftenreihe des Instituts für Iberoamerika-Kunde, Hamburg, Bd. 44, S. 77-85).
- (1997): *Straflosigkeit von Menschenrechtsverletzungen. Zur "impunidad" in südamerikanischen Ländern aus völkerstrafrechtlicher Sicht*. Freiburg: Ed. iuscrim MPI für ausländisches und internationales Strafrecht (Beiträge und Materialien aus dem Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht Freiburg, Bd. S 60).
- (1998): *Posibilidades de enjuiciamiento a los miembros de las Fuerzas Armadas Argentinas por crímenes contra ciudadanos alemanes durante el período 1976-1983*. Santa Fe: Centro de Publicaciones Universidad Nacional de Litoral (dt. in: *Europäische Grundrechte Zeitschrift*, 25, 15/16, S. 468-479).
- Bald, Detlef (1994): *Militär und Gesellschaft 1945-1990: Die Bundeswehr der Bonner Republik*. Baden-Baden: Nomos (*Militär und Sozialwissenschaften*, Bd. 13).
- Balza, Martín (2001): *Dejo constancia. Memorias de un general argentino*. Buenos Aires: Grupo Editorial Planeta.
- Barrios, Harald (1999): *Die Außenpolitik junger Demokratien in Südamerika. Argentinien, Brasilien, Chile und Uruguay*. Opladen: Leske + Budrich (*Junge Demokratien. Systemwechsel und politische Entwicklung in Afrika, Asien, Lateinamerika und Osteuropa*, Bd. 1).
- Bodemer, Klaus (2000): "Zivil-militärische Beziehungen in Argentinien". In: Kurtenbach, Sabine/Bodemer, Klaus/Nolte, Detlef (Hrsg.): *Sicherheitspolitik in Lateinamerika. Vom Konflikt zur Kooperation?* Opladen: Leske + Budrich, S. 170-176.
- Busso, Anabella (1999): *Las relaciones Argentina-Estados Unidos en los noventa. El caso Condor II*. Rosario: Edición CESIR.
- Carreras, Sandra (1999): *Die Rolle der Opposition im Demokratisierungsprozess Argentiniens. Der Peronismus 1983-1989*. Frankfurt a.M.: Vervuert (Schriftenreihe des Instituts für Iberoamerika-Kunde, Hamburg, Bd. 49).
- CELS (Centro de Estudios Legales y Sociales) (2000): *Cuestiones a considerar en la evaluación del tercer informe periódico de Argentina en cumplimiento del Art. 40 del Pacto Internacional de Derechos Civiles y Políticos*. Manuskript, Buenos Aires.
- Child, Jack (1994): "Guns and Roses. Argentina finds a future for its armed forces". In: *Hemisphere*, Jg. 6, Nr. 3, S. 28-32.
- CONADEP (Comisión Nacional sobre la Desaparición de Personas) (1986): *Nunca más. Informe de la Comisión Nacional sobre la Desaparición de Personas*. 13. Aufl., Buenos Aires: Editorial Universitaria.
- Cruz, Consuelo/Diamint, Rut (1998): "The New Military Autonomy in Latin America". In: *Journal of Democracy*, Jg. 9, Nr. 4, S. 115-127.
- Diamint, Rut (1994): "Gasto militar y ajuste económico en Argentina". In: Rojas Aravena, Francisco (Hrsg.): *Gasto Militar en América Latina: Procesos de Decisiones y Actores Claves*. Santiago: CINDE/FLACSO, S. 139-181.
- (1998): "La privatización de la seguridad en Argentina". In: *Foro Internacional*, Jg. 38, Nr. 1, S. 91-113.

- Donadio, Marcela (1992): *El papel del EMCFFAA en el sistema de defensa nacional*. Manuskript, Buenos Aires.
- Escudé, Carlos/Fontana, Andrés (1995): *Divergencias estratégicas en el Cono Sur: Las Políticas de Seguridad de la Argentina frente a las del Brasil y Chile*. Buenos Aires (Working Paper Nr. 20, Universidad Torcuato di Tella).
- FAI (Fundación Arturo Illia para la Democracia y la Paz) (1986): "Lineamientos para una reforma military". In: *Publicaciones FAI*, Nr. 1, S. 111-133.
- Fraga, Rosendo (1993): "Abschied von der Innenpolitik: Die Rolle der Streitkräfte im demokratischen Staat". In: *KAS Auslandsinformationen*, Jg. 9, Nr. 12, S. 34-43.
- García, José Luis/Rattenbach, Augusto Benjamin/Ballester, Horacio Pantaleon/Gazcon, Carlos Mariano (1987): *Fuerzas Armadas Argentinas. El Cambio necesario. bases políticas y técnicas para una reforma militar*. Buenos Aires: Editorial Galerna.
- Hamburger Institut für Sozialforschung (Hrsg.) (1987): *Nie wieder! Ein Bericht über Entführung, Folter und Mord durch die Militärdiktatur in Argentinien*. Weinheim/Basel: Beltz.
- Hauck, Kuno/Huhle, Rainer (1996): "20 Jahre Madres de Plaza de Mayo. Geschichte, Selbstverständnis und aktuelle Arbeit der Madres de Plaza de Mayo in Argentinien". In: Nolte, Detlef (Hrsg.): *Vergangenheitsbewältigung in Lateinamerika*. Frankfurt a.M.: Vervuert (Schriftenreihe des Instituts für Iberoamerika-Kunde, Hamburg, Bd. 44, S. 108-127).
- Heinz, Wolfgang S. (1991): "Konsequenzen der Demokratisierung für die Streitkräfte in Argentinien, Brasilien und Uruguay". In: Tobler, Hans Werner/Waldmann, Peter (Hrsg.): *Staatliche und parastaatliche Gewalt in Lateinamerika*. Frankfurt a.M.: Vervuert (Editionen der Iberoamericana, Reihe III, Bd. 31, S. 265-316).
- (1996a): "Was hat sich durch die Erklärung der Stabschefs in Argentinien verändert?". In: Nolte, Detlef (Hrsg.): *Vergangenheitsbewältigung in Lateinamerika*. Frankfurt a.M.: Vervuert (Schriftenreihe des Instituts für Iberoamerika-Kunde, Hamburg, Bd. 44, S. 100-107).
- (1996b): "Militär und Demokratie". In: Nolte, Detlef/Werz, Nikolaus (Hrsg.): *Argentinien. Politik, Wirtschaft, Kultur und Außenbeziehungen*. Frankfurt a.M.: Vervuert (Schriftenreihe des Instituts für Iberoamerika-Kunde, Hamburg, Bd. 42, S. 225-240).
- (2001): *Neue Demokratien und Militärs in Lateinamerika. Die Erfahrungen in Argentinien und Brasilien (1983-1999)*. Frankfurt a.M.: Vervuert (Editionen der Iberoamericana, Serie C, Bd. 7).
- Huser, Herbert C. (1998): "Democratic Argentina's 'Global Search'. The Argentine Military in Peacekeeping Operations". In: *Naval War College Review*, Jg. 51, Nr. 3, S. 55-69.
- IISS (The International Institute for Strategic Studies) (1998): *The Military Balance 1998/99*. London: Oxford University Press.
- (1999): *The Military Balance 1999/2000*. London: Oxford University Press.
- (2000): *The Military Balance 2000/2001*. London: Oxford University Press.
- Ladurner, Ulrich (1999): "Menems Fiesta ist vorbei". In: *Die Zeit*, Nr. 43, 21.10.1999, S. 12.
- Lara, Rodrigo (2000a): "¿Mesa de Diálogo en Argentina?". In: *El Mercurio*, 22.7.2000.
- (2000b): "Una tormenta inesperada. Detención de militar en Roma reabre viejas heridas en Argentina". In: *El Mercurio*, 12.8.2000.
- Larrinaga, Federico Luis (2000): "Argentina, a New U.S. Non-Nato Ally. Significance and Expectations". In: *Naval War College Review*, Jg. 53, Nr. 2, S. 125-157.

- Malcher, Ingo (1998): "60 Tage Arrest für den blonden Todesengel". In: *die tageszeitung*, Nr. 17, 18.1.1998, S. -10.
- Moltmann, Bernhard (1995): "Wie sicher ist die Sicherheit? Militär und Sicherheitspolitik im südlichen Südamerika". In: Gleich, Albrecht von/Krumwiede, Heinrich-W./Nolte, Detlef/Sangmeister, Hartmut (Hrsg.): *Lateinamerika Jahrbuch 1995*. Frankfurt a.M.: Vervuert, S. 25-47.
- Moyano, María José (1991): "The 'Dirty War' in Argentina: Was it a war and how dirty was it?". In: Tobler, Hans Werner/Waldmann, Peter (Hrsg.): *Staatliche und parastaatliche Gewalt in Lateinamerika*. Frankfurt a.M.: Vervuert (Editionen der Iberoamericana, Reihe III, Bd. 31, S. 45-73).
- Nolte, Detlef (1996a): "Ein neuer Perón? Eine Bilanz der ersten Präsidentschaft von Carlos Menem (1989-1995)". In: Nolte, Detlef/Werz, Nikolaus (Hrsg.): *Argentinien. Politik, Wirtschaft, Kultur und Außenbeziehungen*. Frankfurt a.M.: Vervuert, S. 98-124.
- Nolte, Detlef (Hrsg.) (1996b): *Vergangenheitsbewältigung in Lateinamerika*. Frankfurt a.M.: Vervuert (Schriftenreihe des Instituts für Iberoamerika-Kunde, Hamburg, Bd. 44).
- Nolte, Detlef/Werz, Nikolaus (Hrsg.) (1996): *Argentinien. Politik, Wirtschaft, Kultur und Außenbeziehungen*. Frankfurt a.M.: Vervuert (Schriftenreihe des Instituts für Iberoamerika-Kunde, Hamburg, Bd. 42).
- Norden, Deborah L. (1996): *Military Rebellion in Argentina. Between Coups and Consolidation*. Lincoln/London: University of Nebraska Press.
- Oehrlein, Josef (2000): "'Das Militär hat eine tiefe Veränderung durchgemacht'. Ein Gespräch mit dem argentinischen Verteidigungsminister Murphy". In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 25.7.2000.
- Pion-Berlin, David (1997): *Through Corridors of Power. Institutions and Civil-Military Relations in Argentina*. The Pennsylvania State University Press.
- (1998): "The Limits to Military Power: Institutions and Defense Budgeting in Democratic Argentina". In: *Studies in Comparative International Development*. Jg. 33, Nr. 1, S. 94-115.
- Potash, Robert A. (1994): *El ejército y la política en la Argentina. 1945-1962. De Perón a Frondizi*. 10. Aufl., Buenos Aires: Editorial Sudamericana.
- Radseck, Michael (1998): *Militärische Zusammenarbeit im Cono Sur. Stand und Perspektiven*. Manuskript, Freiburg: Arnold-Bergstraesser-Institut.
- República Argentina (1999): *Libro Blanco de la Defensa Nacional*. Buenos Aires.
- Rouquié, Alain (1994): *Poder Militar y Sociedad Política en la Argentina. Bd. 1: Hasta 1943*. 11. Aufl., Buenos Aires: Emecé Editores.
- Sain, Marcelo Fabián (1994): *Los levantamientos carapintada 1987-1991*. Buenos Aires.
- (2000): "Quince años de legislación democrática sobre temas militares y de defensa (1983-1998)". In: *Desarrollo Económico*. Jg. 40, Nr. 157, S. 121-142.
- Sancinetti, Marcelo A. (1988): *Derechos humanos en la Argentina post-dictatorial*. Buenos Aires: Lerner Editores Asociados.
- Scheetz, Thomas (1997): *La racionalidad en la toma de decisiones respecto a la seguridad externa, las adquisiciones bélicas y el desarrollo tecnológico nacional*. Manuskript, Buenos Aires: Universidad Nacional de Quilmes y EURAL.

- Stuhldreher, Amalia (1999): *Demokratie und Außenpolitik in Argentinien während der ersten Amtszeit des Präsidenten Carlos Menem (Juli 1989-Juli 1995)*. Diss., Göttingen: Cuvillier.
- Thun, Tino (1985): *Menschenrechte und Außenpolitik. Bundesrepublik Deutschland – Argentinien 1976-1983*. Bremen: Con/Periferia.
- UNIC (Informationsbüro der Vereinten Nationen) (1998): *50 Jahre Friedenssicherung. 1948-1998*. Bonn.
- Verbitsky, Horacio (1995): *El vuelo*. Buenos Aires: Planeta.
- Waldmann, Peter (1992): "Argentinien". In: Nohlen, Dieter/Nuscheler, Franz (Hrsg.): *Handbuch der Dritten Welt*. 3. Aufl., Bd. 2: *Südamerika*. Bonn: Dietz, S. 144-179.
- Werz, Nikolaus (1987): *Argentinien: Die Meuterei der Offiziere in der Osterwoche 1987 und ihre Folgen*. Freiburg: Arnold Bergstraesser Institut (Aktuelle Informationspapiere zu Entwicklung und Politik Nr. 10).